

Vorläufiges Protokoll der LandesASTenKonferenz vom 19.05.2019

Beginn der Konferenz: 12:10 Uhr

Anwesende (Name, Vorname, Hochschule, Stimmrecht):

Birkenmaier, Dominik, Universität Tübingen, nein

Frank, Emanuel, PH Schwäbisch Gmünd, ja

Sauder, David, PH Freiburg, ja

Wenzel, Tizian, Universität Stuttgart, ja

Int-Veen, Isabell, Universität Tübingen, nein

Weber, Lukas, Universität Tübingen, ja

Kimizoglu, Iris, Uni Freiburg, nein

Zinnebner, Lisa-Marie, Uni Freiburg, nein

Boettger, Tim Oliver, Uni Freiburg, ja

Bauer, Andreas, HS Mannheim, ja

Hlawatsch, Julian, HS Offenburg, ja

Seeberger, Jan, Uni Mannheim, nein

Bamberger, Ruben, PH Heidelberg, nein

Geiss, Marcel, HTWG Konstanz, ja

Günther, Eric, DHBW Mosbach, ja

Ogbonna, Shirley, DHBW Mannheim, nein

Stöcker, Martin, DHBW Mosbach, nein

Hähn, Niklas, Universität Mannheim, ja

Baier, Paul, Universität Ulm, ja

Baltrun, Marc, Universität Heidelberg, ja

Tang, An, KIT, ja

Anner, Niklas, HS Heilbronn, ja

Münch, Simone, Universität Konstanz, ja

Lucas, Fiola, HdM Stuttgart, ja

Kvetny, Mark, HdM Stuttgart, nein

Günther, Linda, HdM Stuttgart, nein

Baatisch, Juliane, HdM Stuttgart, nein

Leifheit, Katja, HdM Stuttgart, nein

Abstimmungen werden nachfolgend wie folgt protokolliert: Ja:Nein:Enthaltung

TOP1 Begrüßung und Formalia

Es erfolgt die Begrüßung durch Dominik Birkenmaier (Präsidium) und Marc Baltrun (Universität Heidelberg). Der StuRa der Universität Heidelberg stellt dankenswerter Weise die Finanzen für die Durchführung der LAK in Heidelberg, die Räumlichkeiten werden dankenswerter Weise von der PH Heidelberg gestellt.

Außerdem werden insbesondere Gäste vorgestellt. Unter anderem sind heute Vertreter aus den Landesverbänden von Juso HSG und RCDS anwesend.

Es folgt die Feststellung der Beschlussfähigkeit. Zum Zeitpunkt des Sitzungsbeginns sind elf stimmberechtigte Vertreter diverser VSen anwesend. Damit wird die Beschlussfähigkeit festgestellt. Zu späterem Zeitpunkt werden weitere stimmberechtigte Vertreter weiterer VSen eintreffen.

Es folgt die Festlegung der Redeleitung. Dominik Birkenmaier stellt sich zur Verfügung. Es gibt keine Gegenrede. Dominik wird einstimmig als Redeleitung eingesetzt.

Es folgt die Festlegung des/der Protokollanten/Protokollantin. Paul Baier stellt sich zur Verfügung. Es gibt keine Gegenrede. Paul Baier wird einstimmig als Protokollant eingesetzt.

Dominik stellt die aktuelle Situation im Präsidium dar und entschuldigt die weiteren Vertreter des Präsidiums. Es wird darum gebeten sich fürs Präsidium der LAK zu bewerben. Unterstützung ist dringend erforderlich. Anschließend stellt Dominik in aller Kürze nochmal das allgemeine Vorgehen während der LAK vor.

Es wird die vorläufige Tagesordnung wie folgt vorgestellt:

TOP1 Begrüßung und Formalia

TOP2 Bericht aus dem Präsidium

TOP3 Rundgang der Hochschulen

TOP4 Antrag zur Abschaffung TOP Rundgang der Hochschulen

TOP5 Bericht des AK Lehramt

TOP6 Positionierung Bachelor - Master Lehramt

6.1. Änderungsantrag Diversität und Gleichstellung (Freiburg)

6.2. Änderungsantrag Zusätzliches Praktikum

6.3. Debatte zu Musik- und Kunsthochschulen

6.4. Abstimmung über Positionspapier zum Lehramt insgesamt

TOP7 Bericht des AK Landesweites Semesterticket

TOP8 Bericht des AK Hochschulpakt/Hochschulfinanzierungsvertrag

TOP9 Konstituierung der LAK und Reaktivierung des Arbeitskreises

TOP10 Förderverein der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg e.V.

TOP11 Wahl Präsidium

TOP12 Satzungsänderungsanträge

TOP13 Aktualisierung Homepage und IT, strukturelle Organisation

TOP14 LHG Novelle

TOP15 Sonstiges

TOP16 Information und Austausch

Es folgt die Festlegung der endgültigen Tagesordnung. Es gibt den Änderungsantrag, den TOP 4 der vorläufigen TO, vor TOP 3 vorzuziehen. Dieser Änderungsantrag wird angenommen (9:1:1). Es folgt der Änderungsantrag zur vorläufigen TO, TOP 7 und TOP 8 vor TOP 5 und 6 vorzuziehen. Außerdem folgt der Änderungsantrag zur TO, Top12 vor TOP7 zu ziehen. Diese Änderungsanträge werden ebenfalls angenommen (9:1:3). Es folgen weitere Änderungsanträge. Der TOP zur LHG Novelle soll vor dem Landesweiten Semesterticket behandelt werden. Außerdem soll der TOP zur Hochschulfinanzierung vor dem Landesweiten Semesterticket behandelt werden. Außerdem soll der TOP 17 Nachhaltige Bildung ergänzt werden. Zur besseren Übersicht und Beschleunigung des Verfahrens wird nachfolgend die so gewünschte Tagesordnung im gesamten zur Abstimmung gebracht.

TOP1 Begrüßung und Formalia

TOP2 Bericht aus dem Präsidium

TOP3 Antrag zur Abschaffung TOP Rundgang der Hochschulen

TOP4 Rundgang der Hochschulen

TOP5 Bericht des AK Hochschulpakt/Hochschulfinanzierungsvertrag

TOP6 Bericht des AK Lehramt

TOP7 Positionierung Bachelor - Master Lehramt

7.1. Änderungsantrag Diversität und Gleichstellung (Freiburg)

7.2. Änderungsantrag Zusätzliches Praktikum

7.3. Debatte zu Musik- und Kunsthochschulen

7.4. Abstimmung über Positionspapier zum Lehramt insgesamt

TOP8 Satzungsänderungsanträge

TOP9 LHG Novelle

TOP10 Bericht des AK Landesweites Semesterticket

TOP11 Konstituierung der LAK und Reaktivierung des Arbeitskreises

TOP12 Förderverein der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg e.V.

TOP13 Wahl Präsidium

TOP14 Aktualisierung Homepage und IT, strukturelle Organisation

TOP15 Sonstiges

TOP16 Information und Austausch

TOP17 Nachhaltige Bildung

Die vorgestellte TO wurde einstimmig bei einer Enthaltung (10:0:1) angenommen.

Es folgt die Festlegung des Termins der nächsten LAK. Gemäß Satzung wäre die nächste LAK spätestens am 30.06.2019. Die Universität Freiburg merkt an jedoch an, dass Ende Juni für die Hochschulfinanzierung recht spät wäre. Es kommt die Rückfrage aus Ulm an Dominik, ob die Satzung einen früheren Termin zulässt. Dies wird von Dominik gemäß Satzung bejaht. Es kommt der Vorschlag, die nächste LAK auf den 16.06.2019 zu terminieren, dem Ende der Pfingstpause. Der Vorschlag wird mehrheitlich angenommen (6:2:4).

TOP2 Bericht aus dem Präsidium

Dominik ist inzwischen relativ gut eingearbeitet. Im Allgemeinen stehen die Mitglieder des Präsidiums derzeit stark unter Zeitdruck. Aktuell erledigt Dominik das Tagesgeschäft weitestgehend komplett allein. Außerdem kündigen sich Umbrüche im Präsidium an.

Es gab zudem ein längeres Gespräch mit Fabian Wiedenhöfer bzgl. des Fördervereins der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg. Der Förderverein ist derzeit komplett inaktiv. Es gibt vermutlich keinen Vorstand des Vereins mehr. Die rechtliche Situation daher unklar. Die Universität Freiburg merkt an, dass die VS Freiburg seit Jahren eine Mahnung bzgl. des Fördervereins bekommt.

Dominik bittet um Unterstützung durch neue Gesichter im Präsidium oder Anträge, um das Präsidium, sollte es zu keinen personellen Änderungen oder Verbesserungen kommen, zu entlasten.

In der IT gibt es zudem massive Probleme derzeit. Es gibt verschiedene Cloud-Lösungen. Auch die Mailverteiler und Mailadressen der Arbeitskreise sind derzeit nicht vollständig zentral organisiert. Man muss sich hier um eine Novelle Gedanken machen. Das Präsidium spricht sich dafür aus, die gesamte Verwaltung und IT (insb. Mail-Verteiler) in die LAK zurück zu holen und über den Dienstleister des Präsidiums anzubieten und zentral zu verwalten.

Aus Tübingen kommt der Vorschlag ein Wiki zu bemühen um bessere und einheitliche Strukturen zu schaffen.

Die PH Heidelberg hätte eventuell jemanden an der Hand, der sich um sowas kümmern könnte.

Bis zur nächsten LAK sollen zunächst Gespräche mit den unterschiedlichen AK Leitern geführt werden und die Daten zentral in der Nextcloud des Präsidiums gebündelt werden. Alternativen sollen bis zur nächsten LAK von den Ideengebern konkreter ausgearbeitet werden. Dominik prüft zudem, ob die Freigabe von Unterordnern in der Nextcloud für AK Mitglieder oder AK Sprecher möglich ist.

Die Universität Mannheim fragt an, ob es eine Bestrebung gibt die LAK stärker zu institutionalisieren. Dominik antwortet und erklärt, dass die Konstituierung der LAK diese Funktion erfüllen würde, aber im Moment aufgrund von Zeit und Arbeit nicht realistisch ist. Siehe dazu TOP11.

Die Universität Ulm stellt die Frage nach den Geschehnissen der letzten LAK und wieso ein Mitglied aus dem Präsidium dort ausschied.

Dominik antwortet, dass Sarah aus persönlichen Gründen und vor allem aufgrund der vorherigen Debatte während der LAK in Mannheim ihren Rücktritt für alle überraschend erklärte.

Dominik hält außerdem fest, wie wichtig es derzeit ist, dass das Präsidium finanzielle Unterstützung aus den eigenen VSen erhält aufgrund der Situation rund um den Förderverein.

TOP3 Antrag zur Abschaffung TOP Rundgang der Hochschulen

Mannheim hat den TOP eingereicht. Die zeitliche Ausgestaltung wird als ineffizient gesehen. Es geht daher offen um die Abschaffung des TOPs. Die Alternative wäre, Fragen und Strukturen z.B. in einem Wiki anzulegen oder auf der Homepage zu verknüpfen im Sinne von „frequently asked question“. Es war in der Vergangenheit häufig festzustellen, dass sich die Fragen wiederholen.

Die Universität Konstanz begrüßt den Antrag aus den gleichen Gründen und betont, dass es auch andere Möglichkeiten geben muss. Eine digitale Lösung wird gewünscht.

Die PH Heidelberg, unterstützt den Antrag und bringt eine WA Gruppe ins Gespräch.

Tübingen hat ein Konzept ausgearbeitet. Es gebe die Möglichkeit einer Zweiteilung der Fragen. Einmal gäbe es Fragen, die einfach mit ja/nein zu beantworten wären. Und zum anderen gäbe es diskussionswürdige Fragen, die sich aber zum Teil ähneln würden. Hierzu schlägt Tübingen vor, diskussionswürdige Fragen durch die Verteilung der HSen mit Fragen im Raum vorzunehmen und dort jeweils die Diskussion in Kleingruppen zu führen. im Nachhinein würden die Ideen und Anregungen bzw. Antworten aus den Kleingruppen zentral gesammelt und digitalisiert. Dieses Vorgehen bedarf jedoch einer guten Vorbereitung der Hochschulen. Die Sicherung des ausgetauschten Wissens ist dabei zentraler Punkt und muss gewährleistet werden.

Konstanz merkt an, dass dieses Verfahren sehr lange dauere und zusammen mit der Anreise nicht so viel Zeit aufgewendet werden solle für einen derartigen Austausch von wiederkehrenden Fragen.

Die Hochschule Offenburg begrüßt den Antrag und schlägt einen Rundgang für Aktuelles vor.

Die Universität Freiburg stimmt dem zu und schlägt vor, den TOP allgemein weit nach hinten zu schieben in der Tagesordnung.

Es kommt der GO Antrag, das Konzept von Tübingen zur Abstimmung zu stellen. Es gibt eine Gegenrede aus Ulm.

Ulm ist gegen das Konzept und möchte über ein Pad im Vorhinein der LAK die Fragen klären und unter dem TOP Verschiedenes und Austausch zukünftig zu behandeln. Eine reine online Ausführung stelle noch weniger Austausch über aktuelles dar. Das solle verhindert werden.

Es wird auch nochmals der Vorschlag einer Whatsapp Gruppe ins Spiel gebracht als Gegenrede.

Es folgt der GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste in dieser Sache. Es gibt keine Gegenrede.

Dominik fasst das aktuell zur Debatte stehende Konzept nochmal zusammen. Dieses beinhaltet die Streichung des TOPs Rundgang der Hochschulen, beinhaltet die Anlegung von FAQs zur Wissenssicherung und die Behandlung von Fragen zum Wissensaustausch relativ am Ende einer LAK unter dem TOP „Information und Austausch“.

Die Universität Konstanz möchte zudem nochmals darauf hinweisen, dass wichtige TOPs schon jetzt im Plenum diskutiert werden als einzelner TOP. Ein Austausch muss nicht auf der LAK offiziell im Plenum stattfinden. Dies raube vor allem Zeit für die Hauptthemen, die diskutiert werden müssten. Es ergeht der Appell, dass man deutlich besser Vernetzung schaffen könne, als den persönlichen Austausch im kleinen Kreis innerhalb der LAK.

Die Hochschule Heilbronn merkt an, dass das Selbstverständnis der LAK die politische Arbeit sein muss. Eventuell kann eine VS ja die Wartung der FAQs übernehmen.

Dominik erinnert nochmal, dass zwei GO Anträge vorgelegen hätten. Diesen solle nun nachgekommen werden. Es folgt die sofortige Abstimmung über den Antrag.

Es wird die Abschaffung des Organisatorischen Tagesordnungspunktes „Rundgang der Hochschulen“ beschlossen (12:1:1).

Tübingen bekommt zudem den Auftrag, sich ein Konzept für den TOP „Information und Austausch“ zu überlegen. Alle sind beauftragt sich etwas zur Digitalisierung bis zur kommenden LAK am 16.6. zu überlegen.

TOP3: Rundgang der Hochschulen

In Anlehnung an die zuvor geführte Debatte erfolgt der GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste.

Es folgt direkt ein GO Antrag auf Streichung des TOPs

Dominik erläutert, dass nach Auslegung durch das Präsidium der GO Antrag auf Streichung des TOPs der weitergehende sei. Es folgt formale Gegenrede. Daher folgt die Abstimmung über den GO Antrag. Die Abstimmung fällt zu Gunsten einer Streichung des TOPs aus (13:1:0).

Ein GO Antrag auf Verschiebung nach hinten im Anschluss entfällt, da alles zu Besprechende unter dem TOP Information und Austausch zu fassen wäre und weil der TOP soeben von der TO gestrichen wurde.

TOP5 Bericht des AK Hochschulpakt/Hochschulfinanzierungsvertrag

Es wurde gestern (18.05.19) ein Entwurf zur Positionierung der LAK erarbeitet. Der Entwurf wird dem Plenum präsentiert und per Mail an alle noch in der Sitzung weitergeleitet.

Es folgt ein GO Antrag auf 10 Minuten Lesezeit für die Stellungnahme. Danach solle es direkt in die Mittagspause gehen und die Diskussion über die Positionierung danach geführt werden.

Es gibt keine Gegenrede. Demnach ist der GO Antrag angenommen.

Es folgen 10 Minuten Lesezeit. Anschließend wird die Sitzung zu Gunsten der Verpflegung unterbrochen.

----- Pause von 14:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Die Sitzung wird fortgesetzt.

Vertreter des Arbeitskreises erläutern, dass sich die Stellungnahme bzw. Positionierung am bestehenden Hochschulfinanzierungsvertrag 2020 orientiert. Es wird vorgeschlagen, die einzelnen Kapitel der Reihenfolge nach durchzugehen und zur Diskussion zu stellen. Es gibt keine Gegenrede.

Kapitel 1 bis Kapitel 2.2:

Keine Anmerkungen.

Kapitel 2.3:

Die PH Heidelberg regt an, hier eventuell das Thema Nachhaltigkeit aufzunehmen.

Dominik erwidert, dass das Thema Nachhaltigkeit implizit in den Kapiteln 3.9 und 3.10 sich widerfinde.

Aus Sicht der PH Heidelberg gehe es darum, für alle Hochschulen die Möglichkeit zu schaffen, dass Hochschulen Studenten ermöglichen können, sich mit Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen.

Von der Universität Konstanz wird erwidert, dass dies primär die Aufgabe der lokalen VSen sei, darauf hinzuwirken.

Von der Universität Freiburg kommt die Rückmeldung, dass die Idee wünschenswert sei, aber das Land nicht die genaue inhaltliche Ausgestaltung der Lehre vorschreiben könne. Was möglich sei im Rahmen der Positionierung wäre die Forderung nach der Einrichtung von Nachhaltigkeitsbüros. Beispielsweise wird ein solches Projekt in Freiburg umgesetzt. Zusätzlich sei im Flächenmanagement bereits viel des Anliegens abgedeckt.

Es kommt die Rückmeldung der Universität Heidelberg, dass es bereits eine Nachhaltigkeitsklausel im LHG gebe, die aber nur für die Studierendenschaften gilt. Diese finde sich aktuell in §65(3) des LHG. Eventuell müsse man in diesem Zuge bei der LHG Novelle nachsteuern.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen zu Kapitel 2.3.

Kapitel 2.4:

Von der Universität Konstanz wird angemerkt, dass die Barrierefreiheit hier mitberücksichtigt werden solle.

Die PH Freiburg erwidert, dass dies unnötig sei, da dies schon im Baurecht umgesetzt sei.

Die Universität Freiburg betont, dass dieser Punkt wichtig sei und umgesetzt werden sollte. Sie schlägt vor, hier einen Änderungsantrag einzubringen, sodass ein Satz zur Barrierefreiheit ergänzt wird.

Aus Tübingen kommt eine Rückfrage zur Funktionsweise des Bauherrenrechts für Hochschulen, dass am KIT erprobt wird.

Freiburg erwidert, dass das Recht zum Bau derzeit beim Land liege. Für bauliche Veränderungen müsse daher bis jetzt das Land konsultiert werden. Das Bauherrenrecht erleichtere vom Prinzip her die Planung durch den Abbau von Verwaltungshierarchien.

Von der PH Heidelberg kommt erneut die Nachfrage, inwiefern es hier sinnvoll wäre, das Thema Nachhaltigkeit einzubinden.

Es folgt ein erneuter Verweis aufs Baurecht, indem sich bereits Nachhaltigkeitsansätze fänden.

Es folgt die Anregung von der PH Schwäbisch-Gmünd, an dieser Stelle eventuell die Digitalisierung mit aufzunehmen.

Der AK äußert, dass er sich nochmals explizit mit dem Thema Digitalisierung der Hochschulen beschäftigen werde.

Kapitel 2.5:

Von der Hochschule Heilbronn kommt die Anregung, zusätzliche Anreize über Wettbewerbe zu schaffen.

Von der Universität Freiburg kommt jedoch die Rückmeldung, dass man sich gegen Wettbewerbe ausspreche, da mit Wettbewerben die großen Hochschulen bevorzugt werden, die mehr Ressourcen hätten, um sich in solchen Wettbewerben einzubringen und damit eher an diesen Wettbewerben teilnehmen könnten, als kleinere Hochschulen.

Nochmal wird das Thema Digitalisierung von der PH Heidelberg ins Feld geführt. Man brauche ein Gegengewicht für die Digitalisierung.

Aus der Mitte des Plenums kommt die Antwort, dass drucken auch nicht besser sei.

Von der Uni Freiburg kommt die Anmerkung, dass die Digitalisierung hier nicht hingehöre. Dafür komme dem Thema Gleichstellung eine zu große eigene Bedeutung zu. Außerdem sei die Grundfinanzierung so katastrophal, dass die Mittel erst einmal vollständig in die Grundfinanzierung gehen sollten.

Von der Hochschule Heilbronn wird erwidert, dass man einerseits zunächst eine anständige Grundfinanzierung brauche. Dann könne und solle man aber auch über Wettbewerbe nachdenken.

Es folgt ein GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste für diesen Punkt. Es gibt eine formale Gegenrede. Die Abstimmung spricht sich mit knapper Mehrheit für die Schließung der Redner*innenliste aus (6:5:5).

Es folgt der Vorschlag zum weiteren Vorgehen aus dem Plenum, nur noch Fragen zu den Punkten zu behandeln.

Aus Freiburg folgt jedoch die Gegenrede, dass man die Punkte alle diskutieren sollte. Außerdem wird von der Universität Freiburg angemerkt, dass es hier um die Grundfinanzierung der Hochschulen ab 2020 bis unbekannt gehe. Man hoffe auf eine Laufzeit bis 2030. Es geht also darum, was geschehen sollte in den nächsten 10 Jahren. Man könne nicht von vornherein mit einer anständigen Grundfinanzierung rechnen.

Kapitel 2.6-2.7:

Keine Anmerkungen.

Kapitel 3.1:

Von der Universität Konstanz kommt an dieser Stelle die Anmerkung, dass HIWI-Löhne nach wie vor in unterschiedlicher Höhe an den unterschiedlichen Hochschulstandorten ausgezahlt werden. Aus Konstanz kommt daher die Forderung, anständige Löhne für anständige Arbeit zu fordern.

Von der Hochschule Mannheim kommt die Ergänzung, dass man die Löhne langfristig an einen existierenden Tarifvertrag koppeln sollte.

Von der PH Heidelberg kommt die Rückfrage, ob man dadurch nicht zusätzlich Geld in der Lehre verliere.

Die Hochschule Mannheim betont nochmals, dass die Tarifspanne derzeit sehr groß ist. Zudem wird das Einstufungsmodell kurz erläutert.

Aus der Mitte des Plenums kommt die Frage, was z.B. derzeit eine schlechte Zahl für Hiwi-Lohn wäre. Es kommt die Antwort, dass ein Stundenlohn von derzeit etwa 9 Euro das Minimum darstelle.

Aus Konstanz wird nochmal hervorgehoben, dass die primäre Aufgabe der LAK die Vertretung der Interessen der Studierenden sei. Diese sollten wir entsprechend auch vertreten. Primär sollte der Fokus also auf den Studierenden liegen und damit auch auf der Entlohnung deren Leistungen.

Aus Freiburg kommt der Vorschlag, dass die LAK sich mit den Positionen der Gewerkschaften (z.B. GEW) auseinandersetzen solle und sich eventuell mit diesen solidarisieren solle.

Außerdem äußert Freiburg Kritik an den dadurch geschaffenen Unterschieden bei Ausschreibungen, die zu einer Wettbewerbsverzerrung führten. Dieses Problem würde mit einer Tarifbindung wegfallen.

Kapitel 3.2:

Keine Anmerkungen.

Kapitel 3.3:

Es sollen konkrete Vorschläge erarbeitet werden, um den Studienerfolg zu erhöhen und gleichzeitig Beschränkungen beim Zugang zu Studiengängen abzubauen.

Aus Freiburg wird im Sinne des Arbeitskreises erwidert, dass eine entsprechende Stelle bereits im Text enthalten sei.

Es wird zudem der Vorschlag geäußert, man könne ältere Semester bei dieser Fragestellung helfen lassen und dann ECTS für diese vergeben.

Außerdem wird geäußert, dass es nicht unbedingt klare Korrelationen und Gründe für den Studienerfolg oder Studienabbruch gebe.

Von der Hochschule Mannheim kommt die Rückmeldung, dass es in NRW bereits finanzielle Anreize für Hochschulen gebe in Höhe von 4000€ je Studierendem nach erfolgreichem Abschluss eines Erststudiums.

Dominik merkt an, dass das im umgekehrten Fall dazu führen könne, dass die Hochschulen die Leute nur noch durchwinken und die fachliche Eignung zum Beispiel zum Berufseinstieg dann fehle.

Aus der Mitte des Plenums kommt die Anmerkung, dass es keiner zusätzlichen Finanzierung bedürfe, sondern einer Umverteilung von Ressourcen und Kapazitäten. Es wird zudem festgehalten, dass man Begleitung und Angebote in der Hinsicht für gute Qualität in der Lehre brauche.

Es folgt ein GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste. Es gibt keine Gegenrede.

Von der Hochschule Heilbronn kommt die Anmerkung, dass nirgends das Problem so dringend wäre wie hier in Baden-Württemberg. Man sollte die Hochschulen auf jeden Fall dazu bewegen, sich des Problems anzunehmen. Die Hochschule Heilbronn kündigt einen Änderungsantrag für die nächste LAK an.

Kapitel 3.4:

Die Hochschule der Medien sieht große Schwierigkeiten, wenn die HSen sich von privaten Interessen abhängig machen. Problem wäre insbesondere, dass sich die private Wirtschaft nicht mehr selbst in der Forschung betätige, sondern sich einkaufe.

Ein Vertreter der PH Heidelberg würde bei diesem Thema gerne helfen. Auch hier solle auf das Thema Nachhaltigkeit hingewiesen werden.

Dominik merkt an, dass es für einige Hochschultypen essentiell sein kann, strategische Partnerschaften einzugehen. Diese dürften nicht dieser Möglichkeit beraubt werden. Die Bedürfnisse der unterschiedlichen Hochschultypen müsse gewahrt werden.

Die HdM betont auch den Unterschied, der sich in der unterschiedlichen Qualität der Aussagen von Exkursion zu einem Unternehmen oder etwa einem "Daimler-Saal" zeige. Die Unabhängigkeit der Hochschulen müsse entsprechend gewahrt werden und der Einfluss von Unternehmen auf diese begrenzt werden bzw. begrenzt bleiben. Auch sollten sich die Hochschulen nicht einzelnen Unternehmen andienen.

Die Hochschule Heilbronn erläutert, dass es dort ebenfalls solche Räume gebe.

Die Universität Mannheim merkt an, dass dieses Papier die Möglichkeit darstelle, auch die praktizierte und reale Hochschulpolitik zu kritisieren. Man müsse dabei unterscheiden zwischen geförderter Forschung, die beeinflusst wird, und geförderter Forschung, die unabhängig ist.

Aus Freiburg kommt der Vorschlag, dass man das derart in die Positionierung hineinschreiben könne, dass die Universitäten so ausfinanziert werden sollen, dass sie die Finanzierung durch Drittmittel nicht brauchen. Das sollte eigentlich das Mindestmaß an den Hochschulen sein.

Die HdM merkt an, dass das Positionspapier zur Hochschulfinanzierung vor allem auch ein Prinzip-Papier darstelle. Der Soll-Zustand soll beschrieben werden, nicht der Ist-Zustand.

Die PH Heidelberg bemängelt, dass einige Studiengänge nur darauf ausgelegt seien, Konzerne zu fördern. Die Bildung der Studierenden sei nur sekundär das Ziel dieser Studiengänge.

Von der Hochschule Heilbronn kommt die Frage, warum man uneigennützig Partnerschaften ohne Abhängigkeit/Beeinflussung der Hochschulen ablehnen solle.

Die HdM merkt an, dass aus ihrer Sicht eine Einflussnahme bereits durch eine Benennung von Räumen oder Studiengängen geschehen könne und sich darin widerspiegeln könne.

Die Universität Ulm widerspricht der zuvor geäußerten Position der PH Heidelberg. Ein Generalverdacht sei nicht angebracht.

Die PH Heidelberg betont nochmals, dass unabhängige Forschung aus ihrer Sicht vollkommen in Ordnung sei. Es kommt zu personenbezogenen Äußerungen und hitzigen Debatten.

Das Präsidium erteilt um deswegen eine Rüge an einen Vertreter der PH Heidelberg.

Die Universität Heidelberg stimmt zu, dass man einzelne Studiengänge hier nicht angreifen solle.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Kapitel 3.5:

Der AK fühlt sich nicht genug informiert, um eine fundierte Meinung zum Promotionsverfahren abzugeben. Man versucht, hier sich dem Meinungsbild der Doktoranden in Baden-Württemberg anzuschließen.

Kapitel 3.6:

Es gibt verschiedene redaktionelle Anmerkungen. Aus Ulm kommt die Frage, warum hier das einzige Ausrufezeichen des gesamten Positionspapiers stehe.

Das Ausrufezeichen verdeutlicht zum einen die Wichtigkeit des Themas. Es hat aber keine nähere Bedeutung oder besondere Botschaft.

Kapitel 3.7:

Keine Anmerkungen.

Kapitel 3.8:

Aus Tübingen kommt die Anmerkung, dass hier ein Erweiterungsantrag aus Tübingen folgen wird in Anlehnung an die dortige Betrachtung und Arbeit zu den Aktienanlagen der Universität.

Die Universität Freiburg ist ebenfalls dafür, dass die Universitäten nicht in fragwürdige Technologien investieren. Man fragt sich aber, ob dieses Positionspapier dafür der richtige Ort ist.

Kapitel 3.9 -3.10:

Keine Anmerkungen.

Der Beschluss des Papiers wird vertagt. Das Präsidium und der AK hoffen auf die Abstimmung auf der nächsten Sitzung. Man wird sich um eine Erweiterung der Kompetenzen des AK kümmern müssen.

TOP6 Bericht des AK Lehramt

Der Bericht des Arbeitskreises von Henrike Arnold, Sprecherin des Arbeitskreises, ging den Vertretern am 13.05.19 zu. Es gibt keine direkten Rückfragen dazu.

TOP7 Positionierung Bachelor - Master Lehramt

TOP 7.1 Änderungsantrag Diversität und Gleichstellung (Freiburg)

Der Änderungsantrag ging den Vertretern am 13.05.19 zu.

Aus Freiburg kommt die Anmerkung, dass das Thema des Antrags bereits in anderer Form vom Arbeitskreis übernommen wurde, als dies aus Freiburg nach Beschlusslage in Freiburg gewünscht ist. Die VS Freiburg fordert vor allem die Besprechung der Diskriminierungsart.

Der AK Lehramt vertritt die Position, dass Diversität im Gegensatz zu Diskriminierung der allgemeinere Begriff ist. Außerdem sollte es positiv formuliert werden, was das Lehramtsstudium erreichen soll. Zu heftige Forderungen könnten nicht gewollte Gegenreaktionen auslösen. Man habe sich daher für eine positivere Formulierung entschieden als Arbeitskreis.

Aus Freiburg wird erwidert, dass dies einem unsichtbar machen der hohen Bildungsungleichheit in Deutschland gleichkomme. Zum Beispiel hätten Menschen mit Migrationshintergrund deutlich schlechtere Chancen ein Studium zu absolvieren.

Es folgt ein weitergehender GO - Antrag auf Kombination der Version des AK Lehramt und der Forderungen aus Freiburg was den ersten Änderungsteil des Antrags betrifft. Es gibt jedoch formale Gegenrede. Der GO Antrag wird positiv per Abstimmung beschieden (13:0:2). Damit ist die erste Änderung angenommen.

Der zweite Teil des Änderungsantrags wird zurückgezogen.

7.2. Änderungsantrag Zusätzliches Praktikum

Der Arbeitskreis erläutert, dass es je nach Studienfach unmöglich sei, ein solches Praktikum freiwillig zu absolvieren. Ein festgeschriebenes Praktikum führe jedoch dazu, dass sich die Studienfächer anpassen müssten. Der Arbeitskreis Lehramt spricht sich auch aus anderen Gründen gegen den Änderungsantrag aus. Ein Master ohne Praxis sei aus Sicht des Arbeitskreises nicht zielführend.

Die PH Heidelberg stimmt dem Arbeitskreis zu. Die Lehramtsstudierenden bräuchten mehr Praxisbezug.

Der Arbeitskreis ergänzt zur Begründung, dass für das Praxissemester Fachinhalte in den Master rutschen würden. Die Begründung des Änderungsantrags sei zudem mit den anderen Punkten des Papiers hinfällig.

Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag. Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt (2:6:7).

7.3. Debatte zu Musik- und Kunsthochschulen

Aufgrund des geringen Rücklaufs aus den Musik- und Kunsthochschulen sind die Meinungen abgesehen der wenigen Rückmeldungen nicht komplett klar. Der Arbeitskreis möchte aber die im Positionspapier geforderte Praxis für alle Lehramtler*innen aufrechterhalten.

Es folgt ein Antrag auf Streichung der Zeile 27/28. Der Antrag auf Streichung wird angenommen (6:0:7).

7.4. Abstimmung über Positionspapier zum Lehramt insgesamt

Von der Universität Tübingen gibt es zunächst einige Fragen. Zum Thema Mobilität wird gefragt, ob es richtig sei, dass hier verschiedene Punkte als Alternativen mit Abstufung vorgeschlagen werden.

Der Arbeitskreis erläutert den Inhalt an dieser Stelle. Der erste Punkt stellt die Maximalforderung dar. Die beiden anderen Punkte seien hingegen zwei gleichwertige Alternativen. Mit dieser Position könne man, falls die Maximalforderung abgelehnt wird, direkt sinnvolle Alternativvorschläge besprechen und weiter verhandeln an dieser Stelle.

Aus der Mitte des Plenums wird angemerkt, dass es sinnvoller für die Verhandlungsposition wäre, wenn man nur die Maximalforderung in das Papier schreibt.

Aus Freiburg wird angemerkt, dass es zwar aus Erfahrung betrachtet sinnvoller für die Verhandlungsposition wäre, aber es kann auch besser sein eine sinnvolle Alternative zu haben. Es wird daher von Freiburg vorgeschlagen, diese Stelle nochmals intern abzustimmen und dazu nochmal den Auftrag an den AK zu erteilen, sich noch einmal mit dieser Passage auseinander zu setzen, da die meiste Kompetenz im Arbeitskreis liegt, der sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Die Abstimmung über das Positionspapier solle daher unter Vorbehalt der eigenen Änderungen durch den Arbeitskreis an dieser Stelle des Positionspapiers erfolgen. Es gibt keine Gegenrede zu diesem Vorgehen.

Tübingen merkt zum dritten Absatz, letzter Satz, an, dass die Forderung der Regelstudienzeit auf 7 Semester zu vorsichtig formuliert wäre.

Vertreter des Arbeitskreises antworten, dass es schwer sei, einen Ton zu finden, der in die neu anfangenden Gespräche passe, ohne sich jeder Verhandlungsbasis zu berauben. Es wird zudem angemerkt, dass dieser Satz zuvor nur von einer Hochschule gekommen sei.

Zu den Punkten 12 und 13 wird angemerkt, dass die Ausarbeitung hier nicht konkret ist und speziell in der Zusammensetzung nicht gut ausformuliert wäre. Wichtig sei, dass die Kommission Studierendenfreundlich gestaltet werde.

Aus Mannheim kommt die Anmerkung, ob es überhaupt möglich wäre, diese Menge an Kommissionen zu besetzen.

Dominik merkt an, dass es massive Probleme in einzelnen Fächern an einzelnen Standorten gäbe. Das sei problematisch, da auf die bisherige Art und Weise kein einheitliches Niveau bei der Ausbildung in der Lehramtsausbildung gesichert werden könne. Ziel sollte daher eine Vereinheitlichung der Lehramtsstudiengänge sein.

Die Universität Mannheim sieht das kritisch, da hier die Freiheit der Hochschulen nicht beschnitten werden sollte.

Es folgt ein Antrag für das weitere Vorgehen an dieser Stelle des Papiers. Die Punkte a) und b) sollen gestrichen werden und eine allgemeinere Formulierung erarbeitet werden, die einen Anteil von 50% an Studierenden in den Kommissionen fordere. Es gibt keine Gegenrede. Dem Antrag wird allgemein zugestimmt (8:0:5).

Ulm betont nochmals, wie sinnvoll eine solche Positionierung sei, da es bisher an einigen Punkten im Lehramt haken würde.

Die PH Heidelberg merkt an, dass es die Freiheit der Lehre gebe. Sie sehen die Kommission daher auch aufgrund der Besetzung kritisch.

Aus Mannheim kommt die weitere Rückfrage, was die Fragezeichen bei den Änderungsanträgen bedeuteten. Wie werde damit umgegangen.

Darauf werden die Änderungen der Universität Mannheim besprochen. In Zeile 99-104 liege der Fokus zu sehr auf dem Zweitstudium. In Absatz 8 existiere zudem bereits eine Garantie für einen Referendariats-Platz.

Die Anträge und Fragezeichen konnten dahingehend anschließend sinnvoll besprochen und geklärt werden.

Die PH Freiburg merkt zu Punkt 8b an, dass man laut Kanzler der PH bereits an diesem Punkt arbeite.

Die Überlegung des Arbeitskreises war auch, Sachen zu fordern, die eventuell schon in der Arbeit sind, um die Kommunikation des Ministeriums zu forcieren. Eine Forderung führe im Positionspapier zu keinem Schaden, sondern unterstreiche die Wichtigkeit der Arbeit und könne zu einer weitergehenden schnellen und zielgerichteten Zusammenarbeit führen.

Die PH Heidelberg merkt an, ob die Qualität der Ausbildung eventuell sinken könne.

Ulm verneint dieses.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, folgt die Abstimmung über das Positionspapier in der zuvor erläuterten Fassung und unter Vorbehalt der Ergänzungen und Änderungen des Arbeitskreises an den zuvor besprochenen und angemerkten Stellen.

Das Positionspapier wird unter den beschriebenen Bedingungen bei einer Enthaltung angenommen (12:0:1).

Es wird dem Arbeitskreis für seine ausführliche und zielgerichtete Arbeit gedankt.

TOP8 Satzungsänderungsanträge

Zunächst wird der Antrag zur Änderung von §5 (5) Satz 1 behandelt. Der Satz solle wie folgt geändert werden:

„Das Rederecht erteilt die Sitzungsleitung; es ist eine Redeliste zu führen.“

Es folgt ein GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste. Es gibt jedoch inhaltliche Gegenrede. Da es sich um Punkte der Satzung handele, sollten diese möglichen Änderungen auch diskutiert werden.

Das anwesende Präsidiumsmitglied distanziert sich ausdrücklich von dem Antrag.

Aus Freiburg wird die unfassbare Dreistigkeit dieses Antrags bemängelt. Es handele sich bei dem Änderungsantrag um eine fundamentale Änderung.

Die HdM findet die vorgeschlagene Änderung ebenfalls unprofessionell.

Es folgt ein GO Antrag auf Nichtbefassung. Es gibt jedoch erneut formale Gegenrede.

Es wird nochmals angemerkt, dass der Antrag schon auf der letzten LAK vorgestellt wurde.

Es folgt ein GO Antrag auf sofortige Abstimmung. Es gibt keine Gegenrede.

Der Satzungsänderungsantrag wird mit abgelehnt (2:10:1).

Nachfolgend wird der Satzungsänderungsantrag bezüglich der Einladung zur LAK behandelt.

Freiburg versteht den Grund des Antrags, sieht jedoch Probleme sowohl mit der Basisdemokratie, als auch bei Finanzanträgen für LAKs.

Die Universität Mannheim stimmt zu, dass der Antrag demokratisch schwierig ist.

Das anwesende Präsidiumsmitglied findet den Antrag selbst recht unübersichtlich und kann nicht garantieren, auf die Rügen rechtzeitig reagieren zu können. Dominik regt daher an, das vorgeschlagene Konstrukt nicht zu befürworten, sich aber trotzdem mit der Heilbarkeit der Beschlussfähigkeit inhaltlich zu beschäftigen.

Aus Tübingen kommt die Anmerkung, dass es sich eigentlich um ein Problem rein organisatorischer Natur handele und nicht inhaltlicher. Das Problem sei eher die Unterbesetzung des Präsidiums.

Freiburg schlägt alternativ eine Einladungsmöglichkeit bis 7 Tage vorher vor, solange eine Regelung analog zu Satzungsänderungen für die Vertagung besteht.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zum Satzungsänderungsantrag. Es kommt zur Abstimmung. Auch der Satzungsänderungsantrag zur Einladung wird abgelehnt (0:10:3).

TOP9 LHG Novelle

Dominik berichtet. Es tut sich etwas bei der LHG-Novelle. Die Fraktionen fangen an zu arbeiten und sich inhaltlich mit möglichen Änderungen des LHG auseinanderzusetzen. Es ist aber unklar, was am Ende genau kommt. Es geht aber insgesamt um eine generelle Überholung des LHG. Diesbezüglich gibt es bereits Ideensammlungen und Kritiken zum LHG aus der Vergangenheit. Es existiert auch bereits ein Pad mit Ideensammlungen und Anregungen:

„<https://etherpad.gwdg.de/p/BrainstormingPositionenLHGBW>“

Seitens der PH Heidelberg wird geäußert, dass die Novellierung den Grund habe, dass die Regierung bei der letzten Novelle nicht alles untergebracht habe. Von Seiten der LAK bedürfe es daher unbedingt eines Positionspapiers.

Ein Meinungsbild zeigt allgemeine Zustimmung. Es folgt die Debatte über die Form der Ausarbeitung. Wollte man diese Aufgabe in die Hände eines Arbeitskreises übertragen oder an engagierte Einzelpersonen.

Die Universität Mannheim schlägt vor, zunächst alle möglichen Punkte zusammenzutragen und danach solle ein AK diese Punkte auf einen Nenner zusammenbringen.

Dominik merkt an, dass man schnell handeln sollte, da nächste Woche bereits ein Treffen bezüglich der LHG Novelle mit der SPD Fraktion stattfindet. Er schlägt deswegen vor, eine AG zu gründen, die schnell handeln kann.

Es folgt ein Meinungsbild zu einer möglichen AG LHG Novelle. Die anwesenden Stimmberechtigten sprechen sich einstimmig für eine AG LHG Novelle aus (13:0:0). Dominik bemüht sich um einen entsprechenden Mailverteiler.

Vorschläge für die LHG Novelle können direkt an das Präsidium geschickt werden sowie in das oben genannte PAD eingetragen werden.

TOP10 AK Landesweites Semesterticket

Dominik berichtet über die Geschehnisse der letzten Wochen und das zuletzt realisierte Treffen zwischen VVS, Verkehrsministerium, dem Sprecher des AK Landesweites Semesterticket und Dominik als Vertreter des Präsidiums. Es wurde betont, wie wichtig es wäre, dass die Studierenden gemeinsam mit einer Stimme an die Politik und die Verbände herantrete. Zudem wurde vereinbart, aktuelle Zahlen und Daten zur Berechnung des Modells der LAK und von Alternativen zur Verfügung zu stellen. Außerdem solle das Modell der LAK zunächst ohne Landeszuschüsse berechnet werden.

Von der Universität Ulm kommt die Rückmeldung, dass es am Standort viele Studierende aus anderen Bundesländern gebe, für die ein landesweites Semesterticket wenig lukrativ wäre.

Die Universität Mannheim ergänzt, dass dasselbe Problem im Dreiländereck bestehe. Mobilität sei ein großes Thema. In Mannheim sieht man derzeit jedoch keine Möglichkeit, das aktuell von der LAK favorisierte Modell zu realisieren.

Die Hochschule Heilbronn merkt an, dass man bereits mit 4,5 Millionen Förderung kaum Chancen auf Erfolg des vorgeschlagenen Modells sehe. Außerdem sehe man anhand der Gesprächsführung des VM, dass man hier keine anständige Bereitschaft des Landes sehe zur Förderung des Landesweiten Semestertickets.

Allgemein lässt sich nach mehreren Wortmeldungen festhalten: Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, ob das landesweite Semesterticket realistisch ist. Die Verhandlungspartner möchten aber alle im Gespräch bleiben und man sucht weiterhin den Dialog und Austausch.

Die HdM findet es prinzipiell ein Übel in BaWü über einen Vorschlag ohne Zuschüsse des Landes zu reden oder reden zu müssen. Der Landtag und die Parteien seien hier in der Verantwortung.

Der AK wird sowohl von der PH Heidelberg wie auch der HdM gelobt für seine Arbeit. Man dankt den im AK engagierten Personen für ihr Engagement.

Von der Hochschule Mannheim kommt die Anmerkung, dass der Prozess nun schon 5 Jahre dauere. Ohne eine Förderung über mehr als 4,5 Mio. werde es aus Erfahrung keine mehrheitsfähige Lösung geben. Man könne auch hier mit Gewerkschaften und dem FZS und ähnlichen Vertretern in Kontakt treten. Eine Rechnung ohne Förderung ist aus Sicht Mannheims nicht möglich.

Die HdM weist darauf hin, dass das Studieren immer teurer werde. Könnte man nicht auch dieses Argument in der Diskussion ausspielen?

Außerdem wird aus der Mitte des Plenums angemerkt, dass man dieses Problem der Mobilität und der Finanzierung des Studiums nur gesamtgesellschaftlich lösen könne. Hier sei auch die Politik in der

Pflicht. Zudem gebe es genug neue Systeme, für die auch Geld in die Hand genommen werde. Die Studierendenschaft sei im Allgemeinen genervt.

Es folgt ein GO Antrag auf Schließung der Redner*innenliste. Es gibt keine Gegenrede.

Der AK ist der Meinung, dass es das sinnvollste und zielführendste wäre, weiter in der Diskussion zu bleiben, weil man immer noch Bereitschaft sehe, weiter im Gespräch zu bleiben und konkrete Modelle zu betrachten. Man müsse über mehrere Wege gehen, um das Ticket trotzdem noch konstruktiv zu erreichen. Mit Krawall provozieren wir Gegenreaktionen auch bei RCDS und LHG. Das sei nicht im Sinne des AKs. Man wolle stattdessen den Dialog mit LHG und RCDS sowie Juso HSG in Baden-Württemberg weiterhin suchen, um gemeinsam Lösungen und Vorschläge zu erarbeiten und die unterschiedlichen Meinungen und Forderungen zu evaluieren.

Die Hochschule Heilbronn merkt an, dass man sich nicht unbedingt auf RCDS und LHG stützen müsse, da diese Organisationen die Position vertreten, dass Studis nur was sie Nutzen auch bezahlen müssen. Man müsse die Sache öffentlich machen und so Druck auf die Regierung aufbauen. Das Geld für Projekte wie das Landesweite Semesterticket sei da.

Aus der Mitte des Plenums wird angemerkt, dass die zentrale Frage bleibe, wie das weitere Vorgehen aussehen solle, um nicht zu viele Gegenreaktionen zu provozieren?

Es wird erwidert, dass es einer offenen und transparenten Kommunikation beim Landesweiten Semesterticket bedürfe. Druck werde erst dann notwendig, wenn sich die Partner im Dialog nicht mehr bewegten oder beteiligten.

Dominik merkt an, dass der AK das weitere Vorgehen beraten werde und sich weiter besprechen werde. Man werde zunächst auch alternative Modelle durchrechnen und vergleichen.

TOP11 Konstituierung der LAK und Reaktivierung des Arbeitskreises

Es werden dringend Leute gesucht, die den AK wiederbeleben wollen.

Von der Universität Mannheim kommt die Rückfrage, ob man die Konstituierung der LAK über die LHG Novelle regeln könne, um das klarer im Gesetz zu verankern.

Dominik ergänzt, dass es wichtig sei, dass die LAK sich konstituiert, um politisch ernst genommen zu werden. Es sei dabei wichtig, dass sich aus vielen Hochschulen Vertreter*innen bei der Debatte zur Konstituierung einbringen. Die gemeinsamen Ergebnisse müssten am Ende von allen mitgetragen werden, wenn man eine Konstituierung gemäß LHG tatsächlich realisieren wolle.

Es geht daher eine Liste zum Eintragen zwecks Mailverteiler um. Aufgabe für alle ist, Interessierte anzusprechen und die Meinungen einzubringen.

TOP12 Förderverein der Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg e.V.

Dominik berichtet, dass der Verein derzeit vermutlich nicht mehr oder nur noch eingeschränkt existiere. Eine Handlungsfähigkeit des Fördervereins sei wegen fehlender Vorstandschaft derzeit nicht mehr gegeben, da dieser laut Satzung nur noch 6 Monate nach Ende des Monats September kommissarisch im Amt wäre. Da keine MV des Vereins im vergangenen Jahr stattgefunden habe, sei auch kein neuer Vorstand gewählt worden. Der alte sei formal zum Ende des Monats September aus dem Amt ausgeschieden. Von den derzeitigen Präsidiumsmitgliedern sei jedenfalls keiner im Vorstand des Vereins und ein solcher Vorstand bzw. eine Neuwahl sei vermutlich auch nie notariell

beglaubigt und dem Registergericht zugeführt worden zur Eintragung. Die Zuständigkeit und Existenz des Fördervereins müsse daher in den kommenden Wochen geprüft werden. Das Präsidium bemüht sich darum, den Förderverein zu reaktivieren.

Aus Freiburg kommt die Meldung, dass wohl Mahnungen an den Förderverein dort einträfen.

Das Präsidium wird dieser Anmerkung nachgehen.

Die weitere Diskussion über den Förderverein wird vertagt auf die nächste Sitzung, aufgrund der aktuell nur noch sehr geringen Zahl von Personen.

TOP13 Wahl Präsidium

Es liegen aktuell keine Bewerbungen vor. Es besteht weiterhin die Bitte, das Präsidium nach Möglichkeit zu unterstützen und sich entsprechend innerhalb des Präsidiums zu engagieren. Dies ist ein Aufruf zur Bewerbung für das Präsidium.

Dieser TOP wird daher vertagt.

TOP14 Aktualisierung Homepage und IT, strukturelle Organisation

Das Präsidium wird die diversen AK Sprecher anschreiben. Die IT muss zentraler organisiert werden wie zu Beginn der Konferenz beschrieben. Genauere Vorschläge sollen von allen Seiten ausgearbeitet werden und die Zusammenlegung von Strukturen geprüft werden.

TOP15 Sonstiges

Es gibt keine Wortmeldungen zum TOP Sonstiges.

TOP16 Information und Austausch

Es gibt keine Wortmeldungen zu Information und Austausch.

TOP17 Nachhaltige Bildung

Der TOP wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der inzwischen nur noch geringen Zahl der Anwesenden vertagt. Er soll auf der nächsten LAK ausführlicher behandelt werden.

Ende der Sitzung: 18:42 Uhr